

# Aufholbedarf in deutschen Kommunen

**[24.01.2019] Wie es um die digitale Infrastruktur, E-Government, die Mobilität sowie die Energieeffizienz in deutschen Kommunen bestellt ist, zeigt der aktuelle Smart City Readiness Check von DStGB und TÜV Rheinland.**

Deutsche Kommunen haben bei ihrem Umbau zu digitalen Städten und Regionen noch einen weiten Weg vor sich. Gleichzeitig nutzen viele Städte und Gemeinden die staatlichen Fördermöglichkeiten für den Ausbau im Bereich der Digitalisierung noch nicht konsequent genug. Zu diesen Ergebnissen kommt der Smart City Readiness Check vom Innovators Club des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB) und TÜV Rheinland. Wie die Herausgeber mitteilen, sind dafür die 500 größten Kommunen in Deutschland einbezogen und nach den Themen digitale Infrastruktur, E-Governance, Mobilität und Energie befragt worden. Mehr als jede fünfte Kommune habe im Zeitraum von Ende Juli bis Ende September 2018 an der Befragung teilgenommen.

Dabei werde deutlich, dass der Umsetzungsstand digitaler Lösungen in den Kommunen sehr unterschiedlich ist. Jede fünfte Stadt und Gemeinde teilt laut der Untersuchung mit, dass sie über keine flächendeckende Versorgung mit einer leistungsstarken Breitband-Infrastruktur verfügt. „Nur knapp die Hälfte aller an der Umfrage teilnehmenden Kommunen gibt an, über Hochleistungsnetze mit Versorgungsgeschwindigkeiten von mehr als 50 Mbit/s zu verfügen“, sagt Gürkan Ünlü, Leiter Geschäftsentwicklung bei TÜV Rheinland Consulting sowie Leiter des Corporate Center of Excellence Data Analytics beim TÜV Rheinland. „Diese bilden die Basis für einen flächendeckenden Ausbau des neuen Mobilfunkstandards 5G. Wenn der Ausbau der Infrastruktur nicht in dem Maße vorangetrieben wird, wie es benötigt wird, laufen die Kommunen Gefahr, digital abgehängt zu werden. Das ist aus unserer Sicht ein Risiko auch für das Wirtschaftswachstum in einer Region.“

### **Flächendeckendes WLAN fehlt**

In mehr als 80 Prozent der Kommunen wird laut der Umfrage bei Baumaßnahmen eine Leerrohrinfrastruktur mit aufgebaut. Rund 70 Prozent aller befragten Städte und Gemeinden planen neue Glasfaseranschlüsse bis ins Gebäude (FTTB – Fibre to the Building), vielerorts finde ein Ausbau auf Basis der Vectoring-Technologie statt. Mehr als jede dritte Kommune gibt laut Smart City Readiness Check an, nicht an bundesweiten Programmen teilzunehmen, die den Breitband-Ausbau fördern.

„Wenn eine Kommune die Fördergelder nicht abrufen kann, ist möglicherweise das Förderverfahren zu kompliziert“, sagt an dieser Stelle Gürkan Ünlü. „Dabei zahlen sich Investitionen in die digitale Infrastruktur auf die Dauer aus. Schließlich entscheidet eine gute digitale Infrastruktur aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen immer häufiger darüber, wie attraktiv ein Standort ist.“

Die Umfrage zeigt weiter, dass es in einem Großteil der beteiligten Kommunen kein flächendeckendes öffentliches WLAN gibt. Geht es um die Umsetzung von Smart-City-Infrastrukturen, genießen die Stadtwerke bei den Kommunen mit Abstand das größte Vertrauen. Laut der Untersuchung geben mehr als 80 Prozent der befragten Städte und Gemeinden an, die Stadtwerke mit dieser Aufgabe betrauen zu wollen. Große internationale Dienstleister kommen hier für jede fünfte Kommune infrage.

### **Baustelle E-Government**

Wie knapp 30 Prozent der Befragten mitteilen, bietet ihre Kommune wenig oder keine Dienstleistungen online als Service für Bürger an, wie beispielsweise die Beantragung von Reisepass, Personalausweis oder Anwohnerparkausweis. Insbesondere Kommunen mit weniger als 50.000 Einwohnern gehen laut der Umfrage nur eingeschränkt auf die digitalen Bedürfnisse der Bürger und Unternehmen ein. Mehr als die Hälfte der kleineren Kommunen gebe an, wenig oder gar keine gewerblichen Services online anzubieten. Einen Gewerbeschein können Unternehmen in gut 15 Prozent der kleineren Kommunen online beantragen. Auch mit Blick auf die Digitalisierung der internen Verwaltungsabläufe bleibe noch viel zu tun. Bevorzugtes internes Kommunikationsmittel seien Telefon und E-Mail. Weniger als die Hälfte der befragten Kommunen nutze Cloud-Lösungen für ihre Datenspeicherung. Insbesondere hinsichtlich Weiterbildungsmöglichkeiten für Mitarbeiter sind die Städte und Gemeinden laut Smart City Readiness Check nicht gut aufgestellt. Drei Viertel aller befragten Kommunen geben an, dass sie digitale Weiterbildungsangebote nur unregelmäßig oder gar nicht anbieten. „Mit Blick auf die hohe Veränderungsgeschwindigkeit durch die Digitalisierung besteht hier dringender Handlungsbedarf, besonders im Bereich entsprechender Fortbildungsangebote“, sagt Alexander Handschuh, Sprecher des Deutschen Städte und Gemeindebunds und Leiter des Innovators Club. „Positiv ist hingegen zu bewerten, dass rund 40 Prozent der Städte und Gemeinden spezifische Informationen für ihre Bürgerinnen und Bürger in einer Geodaten-Infrastruktur aufbereiten. Dies zeigt, dass hier bereits signifikante Fortschritte erzielt werden konnten.“

### **Verkehrsdaten nutzen**

Um Parkplatzsuchende zu freien Parkplätzen zu leiten, können die Städte von fest installierten Verkehrsleitsystemen profitieren. Größere Städte über 50.000 Einwohner nutzen dies laut der Befragung. Knapp 14 Prozent der Kommunen bieten Apps an, die freie Parkplätze im öffentlichen Raum oder in Parkhäusern anzeigen. Nur ein Bruchteil mache die Daten zum Verkehrsaufkommen und zur Parkplatzsituation für Navigationsgeräte und Apps verfügbar. Allerdings planen laut der Studie rund 26 Prozent, dieses Thema anzugehen. Um ihr Verkehrssystem zu digitalisieren, können die Kommunen Fördermittel des Bundes nutzen. Über 60 Prozent der Kommunen nehmen dies laut der Umfrage nicht in Anspruch. „Ähnlich wie beim Breitband-Ausbau zeigt sich, dass in vielen Städten und Gemeinden offenbar die Ressourcen fehlen, Fördermöglichkeiten zu nutzen – oder die Hürden sind einfach zu hoch“, sagt Gürkan Ünlü vom TÜV Rheinland. „Des Weiteren werden die bereits vorhandenen Verkehrsdaten noch nicht ausreichend genutzt. Damit laufen Kommunen Gefahr, digitale Chancen im Mobilitätsbereich zu verspielen.“ Die Umfrage zeigt aber auch, dass die Digitalisierung der Verkehrsführung und intelligente Ampelschaltungen auf der Agenda der Kommunen stehen: Jede dritte plant demnach, bei der Ampelschaltung externe Steuerungsmöglichkeiten für besondere Situationen zu etablieren. Im ÖPNV-Bereich wiederum fehle in fast jeder zweiten Stadt oder Gemeinde eine E-Ticketing-Möglichkeit. Ähnlich sehe es bei der Bereitstellung von Fahrplänen in Echtzeit aus.

### **Energieeffizient dank smarter Technologie**

Für die von der Stadt bewirtschafteten Gebäude nutzen die Kommunen laut der Studie vergleichsweise häufig smarte Technologien. Mehr als 30 Prozent der Gebäude seien mit Technologien wie Monitoring- und Steuerungseinheiten ausgestattet, um die Energieeffizienz zu verbessern. 20 Prozent der kommunalen Gebäude verfügten über intelligente Stromzähler, schätzen die Befragten. Zudem erfassen mehr als die Hälfte der teilnehmenden Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnern ihre Gebäudedaten digital. Ausbaupotenzial gibt es laut der Untersuchung noch im Bereich der Straßenbeleuchtung. Nicht einmal die Hälfte der Leuchten sei mit LED-Technik ausgestattet. Rund 15 Prozent der Leuchtpunkte umfassten zusätzliche Sensoren oder intelligente Steuerungsvorrichtungen. „Im Bereich Energie sind die

Städte und Gemeinden alles in allem auf einem guten Weg“, so die Einschätzung von Alexander Handschuh vom DStGB. „Ein Grund dürfte sein, dass die Kommunen hier durch den Einsatz digitaler Technologien vergleichsweise schnell Geld einsparen können, etwa durch die Reduzierung der Heizkosten oder der Stromkosten für die Straßenbeleuchtung.“

### **Fördermöglichkeiten vereinfachen**

„Die Ergebnisse des Smart City Readiness Check machen deutlich, dass Kommunen bei der Digitalisierung mehr Fahrt aufnehmen müssen“, zieht Alexander Handschuh ein Fazit. „Es besteht die Gefahr, dass diese abgehängt werden und somit an Attraktivität sowohl als Arbeitgeber als auch als Wohn- und Arbeitsort verlieren. Insofern glauben wir, dass Städte und Gemeinden hier unbedingt aktiv werden müssen.“ Da es außerdem an geschulten Mitarbeitern fehle, müsse auch der Ausbau der Aus- und Weiterbildungsprogramme für kommunale Mitarbeiter dringend vorangetrieben werden. „Darüber hinaus muss der Zugang zu den Fördermöglichkeiten vereinfacht werden“, fordert Handschuh. „Das entspricht auch den Erfahrungen, die wir als Verband in unserer täglichen Arbeit machen. Es ist nicht selten, dass gerade kleinere Kommunen an der Komplexität der Förderanträge zu scheitern drohen.“

Gürkan Ünlü fügt hinzu: „Bezüglich der Förderprogramme ist Beratung gefragt. Wir müssen die Kompetenzen und das Know-how dringend mit Beratungsexpertise in die Fläche bringen. Des Weiteren ist es aus unserer Sicht nötig, Lösungen für Digitalisierungsprojekte anzubieten, die man auf mehrere Kommunen übertragen kann. Keine Stadt hat etwas davon, das Rad jedes Mal neu zu erfinden. Eine One-size-fits-all-Lösung würde den Gemeinden dabei helfen, einerseits Fördergelder abzurufen und andererseits neue und innovative Digitalisierungskonzepte umzusetzen.“

Die vollständige Studie mit allen Ergebnissen des Smart City Readiness Check wird laut ihren Herausgebern voraussichtlich ab Mai 2019 verfügbar sein.

(ve)

Stichwörter: Smart City, TÜV Rheinland, Umfrage, Breitband, WLAN, Readiness Check, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Innovators Club